

BESCHLOSSENE ANTRÄGE DER 114. LDK DER LSV NRW

1. Satzungsändernde Anträge
2. Änderungen der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz
3. Änderungen des Grundsatzprogramms
4. Weitere Anträge
5. Resolutionen

1. Satzungsändernde Anträge

S4: Stellungnahme FA (durch Ä1 geänderte Fassung)

Der erste Satz von §6.2 der Satzung soll durch folgenden Text ersetzt werden:

Die LDK wählt zwei weitere Mitglieder für den FA, welche zu jeder LDK im Rahmen des Rechenschaftsberichts über die Entscheidungen des Finanzausschusses berichten.

2. Änderungen der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz

G2: 15-Minuten-Regel B)

Zu §2, Abs. 4 soll folgendes als Punkt II. hinzugefügt werden:

Antrag auf einen zeitlichen Rhythmus, nach dem der Sitzungssaal nach Beginn des Plenums erst wieder betreten werden darf.

G5: Antragskommission

In §5, Abs. 1 soll der erste Satz wie folgt geändert werden:

Die LDK wählt zu Beginn einer LDK eine dreiköpfige Antragskommission.

3. Änderungen des Grundsatzprogramms

GP2: Runder Tisch

Am 3.11.2014 wurden im Ministerium für Schule und Weiterbildung die Ergebnisse des "Runden Tisches Schulzeitverkürzung / G8" vorgestellt.

Die Ergebnisse des Runden Tisches sieht die LSV NRW kritisch, da lediglich zehn Empfehlungen gegeben werden, durch die die negativen Folgen von G8 abgemildert werden sollen, grundsätzlich aber an der Schulzeitverkürzung festgehalten wird.

Die Empfehlungen sind aus Sicht der LSV allenfalls kosmetische Maßnahmen, um das bestehende System schön zu reden, teilweise entsprechen sie der bereits bestehenden Gesetzeslage. Eine wirkliche Reduzierung der Belastungen für Schülerinnen und Schüler werden sie nicht bringen.

Möchte man Schülerinnen und Schüler ernsthaft entlasten, führt nach wie vor kein Weg daran vorbei, sich deutlich zu G9 zu bekennen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Jugendliche genug Zeit haben, um einerseits das Abitur auch ohne Nachhilfe und Stress machen zu können, und andererseits ihre Persönlichkeit auch außerhalb der Schule frei zu entfalten, sei es beim Sport, in der Musikschule oder beim Treffen mit Freunden.

Dass der Runde Tisch trotzdem mehrheitlich für G8 votiert hat, ist bei der Zusammensetzung jedoch nicht verwunderlich: Neben zahlreichen Eltern-, Lehrer- und Direktorenverbänden fanden sich auch die Unternehmer NRW, während nur die LSV NRW die Interessen der Schülerinnen und Schüler vertrat. Aufgrund dieser Zusammensetzung des "Runden Tisches" können die Ergebnisse nicht als repräsentativ angesehen werden. Daher ist das Thema noch lange nicht beendet: Die LSV NRW wird sich weiterhin gegen G8 einsetzen, wie es die deutliche Mehrheit der Schülerinnen und Schüler fordert.

Daher möge die Landesdelegiertenkonferenz beschließen, im Grundsatzprogramm bei „II Bildungspolitisches“ unter Punkt 7 „Schulzeitverkürzung“ folgenden Absatz zu streichen:

“Die LSV fordert, zur 13 Jahre dauernde Schulzeit bis zum Abitur zurückzukehren, da diese sinnvoller genutzt werden kann, einerseits durch die verstärkte Förderung von SchülerInnen, die in manchen schulischen Bereichen unterdurchschnittlich lernfähig sind, zum anderen durch das Setzen neuer Schwerpunkte, wie zum Beispiel das Vermitteln sozialer Kompetenz.”

und durch folgenden Text zu ersetzen:

“Die LSV fordert eine Oberstufe die 2-4 Jahre währen kann. Darin enthalten ist eine Einführungsphase, welche übersprungen werden kann und eine Qualifikationsphase die 2-3 Jahre dauern kann.

Anstelle von G8 soll eine flexible Oberstufe etabliert werden, welche durch individualisierte Lernzeiten dazu beiträgt, dass SchülerInnen sowohl den schulischen Stoff in ihrem eigenen Tempo bearbeiten können, als auch ihren Hobbys entsprechend nachgehen können. So bleibt außerdem ein Zeitraum, in welchem SchülerInnen endlich ohne um ihr Abitur bangen zu müssen ein Auslandsjahr machen können.”

4. Weitere Anträge

A1: Arbeitsprogramm Legislaturperiode 2015/2016

siehe gesonderte Veröffentlichung

A2: Schule ohne Bundeswehr

Die LandesschülerInnenvertretung NRW fordert, dass die 2012 erneuerte Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr gekündigt wird.

Die LandesschülerInnenvertretung NRW lehnt das Werben der Bundeswehr innerhalb und außerhalb der Schule ab. Es soll keinerlei Werbung für Praktika, für Ausbildungsgänge oder für ein Studium bei der Bundeswehr stattfinden.

Wir lehnen das Einladen von Jugendoffizieren in den Unterricht oder zu schulischen Veranstaltungen wie den Jobmessen ab. Dies beinhaltet auch Exkursionen zu Bundeswehreinrichtungen oder von der Bundeswehr durchgeführten Veranstaltungen.

Junge Menschen haben ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein Leben in Frieden.

Aus diesen Gründen stellt der Landesvorstand der LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen diesen Antrag an das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

A4: Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen (durch Ä1 geänderte Fassung)

Die LandesschülerInnenvertretung NRW fordert für alle auf Dauer in Nordrhein-Westfalen lebenden MigrantInnen das kommunale Wahlrecht.

Der Landesvorstand soll daher weiterhin aktiv die Kampagne „Hier, wo ich lebe, will ich wählen!“ des Landesintegrationsrats Nordrhein-Westfalen unterstützen.

Dabei soll bei jeder Möglichkeit, der Aufruf des Landesintegrationsrats beworben werden.

A12: Politische Stellungnahme zur aktuellen nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik

Die 114. LDK möge beschließen, dass eine allgemeine politische Stellungnahme zur aktuellen nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik mit Fokus auf die Beschulung minderjähriger Geflüchteter für die 115. LDK vom LaVo verfasst und vorgestellt wird.

A13: Gegen TTIP nach Elmau zum G7-Gipfel (durch Ä1 und Ä2 geänderte Fassung)

Der Landesvorstand der LSV NRW wird beauftragt, ein Statement zum Freihandelsabkommen TTIP und zum G7-Gipfel im bayrischen Elmau herauszugeben.

Inhalt soll ein Aufruf an die SchülerInnen NRWs sein, gegen die G7-Staaten Forderungen bezüglich TTIP zu erheben nach Transparenz und demokratischen Inhalten und von ihnen einen Stopp von TTIP zu verlangen.

Der LaVo soll danach genauer genauer auf TTIP eingehen und durch Ausformulierung der grundlegenden Problematiken eine grundlegende Ablehnung begründen. Darüber hinaus soll der LaVo bei Gelegenheit via Facebook und Webseite Demonstrationstermine gegen TTIP (z.B. „STOPP TTIP“) publik machen.

Begründet werden sollte der Aufruf folgendermaßen:

TTIP würde die direkten Forderungen von Firmen bezüglich Werbung an Schulen, Bundeswehr an Schulen oder anderen Kooperationsmöglichkeiten vor intransparenten und unkontrollierten Schiedsgerichten nach sich ziehen, die den Interessen der LSV eindeutig widersprechen.

Eine demokratische Organisation wie die LSV NRW soll sich somit ausdrücklich gegen ein antidemokratisches Abkommen aussprechen.

Der G7-Gipfel 2015 ist der nächste große Termin auf dem Weg zu TTIO. Die G7-Staaten koordinieren dort auf höchster Ebene das weitere Vorgehen bei TTIP.

Daher ist der G7-Gipfel passend für die Intervention und Forderung der SchülerInnen.

A14: Beschulung von Flüchtenden mit Aufklärung der SchülerInnenschaft

Die LSV NRW soll die Konzepte der zwei in Deutschland führenden Modelle zur Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendliche (IFK und SchlaU) analysieren, den Landesdelegierten bereitstellen und nach außen hin vertreten.

Darüber hinaus soll die Aufklärung über den Umgang mit Flüchtenden im Schulalltag verstärkt werden.

5. Resolutionen

R1: Inklusion

Inklusion ist ein Menschenrecht. Und Menschenrechte sind für alle da.

Inklusion bedeutet nämlich Zugehörigkeit und die Beendigung des selektiven Schulsystems. Jegliche Nationalität, Herkunft und Ethnien, Beeinträchtigungen, sowohl körperliche als auch geistige, spielen keine Rolle mehr. Wir fordern, dass niemand mehr draußen bleiben muss! Unsere Gesellschaft besteht aus vielen verschiedenen Menschen und das selektive Schulsystem spiegelt diese Vielfalt nicht wieder. Selektion bedeutet, dass viele Menschen aufgrund ihrer Schwächen verurteilt und in Schubladen gesteckt werden. Inklusion bedeutet, dass das Kisten- und Schubladendenken aufgehoben wird.

Wir fordern, dass nicht über unsere Köpfe hinweg über Dinge entschieden wird, die uns selbst betreffen. Wir sind die Schülerinnen und Schüler, um die es geht. Denn Inklusion betrifft Alle. Wir sind bereit, an uns und am Schulsystem zu arbeiten, eine gerechtere Bewertung von Leistungen zu schaffen, Chancengleichheit zu gewährleisten und die Selektion abzuschaffen. Wir fordern Fairness. Wir fordern Inklusion.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Inklusion an Montessorischulen, Waldorfschulen und Primusschulen bereits gut läuft. Auch ist deutlich geworden, dass bei den Schülerinnen und Schülern durch die Erfahrungen, die mit Inklusion gemacht wurden, ihre Sozialkompetenzen gestärkt wurden und außerdem durch den automatischen Peer-to-Peer-Effekt ein besseres Lernen ermöglicht wurde. Darüber hinaus sehen wir Inklusion als eine gute Vorbereitung auf ein heterogenes Leben in der Gesellschaft.

Was uns allerdings an negativen Aspekten in der Durchsetzung der aktuellen Inklusionspolitik des Landes NRW aufgefallen ist, ist, dass es zu wenige passend ausgebildete PädagogInnen gibt, denn in jeder Klasse sollten multiprofessionelle Teams bestehend aus LernbegleiterInnen, SonderpädagogInnen und LehrereIne vorhanden sein. Wir sind der Meinung, dass sich die Mehrgliedrigkeit des Bildungssystems, welche mittlerweile sogar in der Verfassung verankert ist, dem Grundgedanken der Inklusion widerspricht. Für uns gibt es auch bei der Inklusion zu viel Selektion, welche sich unter anderem in der Einteilung in „normale“- und „i“- Kinder widerspiegelt. Unserer Meinung nach findet eindeutig zu wenig Vorbereitung der LehrerInnen, Eltern und Schülerinnen und Schüler auf Inklusion statt. Weitergehend wird die Inklusion durch zu enge Lehrpläne, Barrieren in Schulgebäuden und Plenar- statt Individuenunterricht erschwert. Außerdem fehlt das Wissen über Inklusion und ihre Hintergrundgedanken.

Forderungen zur Inklusion:

Das wichtigste Ziel der Inklusion besteht in der Überwindung der Selektion, die sich im gegliederten Schulsystem manifestiert.



Die individuelle Förderung eines/einer jeden SchülerIn steht im Mittelpunkt der inklusiven Schulbildung. Ziel unserer gesamten Schullandschaft darf nicht in der Erfüllung allgemeiner Standards bestehen, sondern muss in der Ausschöpfung des Potenzials eines jeden Menschen münden.

Der Unterricht soll von multiprofessionellen Teams gestaltet werden. Hierbei profitieren die SchülerInnen in ihrer individuellen Entwicklung von der unterschiedlichen Qualifikation der der Mitglieder des multiprofessionellen Teams.

Die effektive, inklusive Schulbildung ist nur dann möglich, wenn allgemeine Qualitätsstandards entwickelt und umgesetzt werden.

Der Unterricht soll in Form von Lernlandschaften stattfinden. Das überholte Lernen des Gleichschritts im Klassenraum soll abgelöst werden durch eine Form des individuell angepassten Lernens.

Die Schulgebäude sollen barrierefrei ausgestattet werden, dies umfasst unter anderem Aufzüge/Rampen, Sanitätseinrichtungen und Lernlandschaften.

Es ist notwendig, dass in einer so einschneidenden Reform des Bildungswesens alle Beteiligten SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern in den Dialog mit einbezogen werden. Eine Politik über die Köpfe hinweg, so wie wir sie in den letzten Jahren oftmals erlebten kann unser Land nicht zukunftsfähig gestalten.

Die LehrerInnen haben ein Recht auf die neuen Herausforderungen ihres Berufes vorbereitet zu werden. Wir fordern, dass Inklusion zu einem maßgeblichen Bestandteil des Lehramtsstudiums und von Fortbildungen wird.

Die Finanzierung der Inklusion muss ausschließlich durch das Land unter Berücksichtigung des Sozialindex erfolgen.

Daraus ergibt sich die Forderung der IGGS (Inklusive Ganztags Gesamtschule). Wir fordern, dass alle Kinder gemeinsam leben und lernen dürfen.

R2: Bildungsökonomisierung

Die Dogmen der kapitalistischen Wirtschaft nehmen immer stärker Einfluss auf unsere Gesellschaft. Ökonomistisches Denken, wie das Streben nach wirtschaftlichem Profit, der Bewertung sämtlichen Handels nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül und dem Streben nach Profitmaximierung, bestimmt mittlerweile die meisten politischen Handlungsfelder sowie große Teile der Gesellschaft.

Eben Neoliberalismus-Jünger begreifen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Regulation und Umverteilung nicht als Mittel, um soziale Gerechtigkeit herzustellen, sondern sehen darin eine Einschränkung ihres Strebens nach Profit. Diverse Regierungen der letzten Jahre haben sich dieser Ideologie ergeben, immer zum Schaden der Gesellschaft. So kam es zur immer weiter fortschreitenden Privatisierung der Gesellschaft. So ist im Rahmen der Agenda 2010 die früher vom Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge organisierte Rentenversicherung zum Objekt wirtschaftlicher Renditeerwartungen geworden, mit der Folge immer weiter um sich greifender Altersarmut. Aber nicht nur das Rentensystem ist diesem Wirtschafts-Dogmatismus schon zum Opfer gefallen, das Gesundheitssystem ist ebenso bedroht wie auch unsere Schulen und Universitäten.

Das Stichwort heißt Bildungsökonomisierung und meint eben jenen Einzug wirtschaftlicher Maximen in den Bereich der Bildung. Dies führt dazu, dass Bildung als Ware deklariert wird und SchülerInnen bzw. StudentInnen folglich als KonsumentInnen.

Um unser Bildungssystem mehr und mehr auf die Produktion wirtschaftskonformer Arbeitnehmer zu lenken, findet die Ökonomisierung vor allem auf drei Ebenen statt:

Erstens, die Ökonomisierung der Bildungsinhalte selbst. Hier wird im Rahmen der Kategorie der employability versucht, Lehrinhalte so zu gestalten, dass diese möglichst passgerecht auf die Bedürfnisse des momentanen Arbeitsmarktes, sprich der Wirtschaft zugeschnitten sind. Nicht nur, dass dies ein vollkommen unzureichendes Kriterium für die Vermittlung humanistischer Bildung, ist dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt: unser Markt ist weit davon entfernt, in dem Maße prognostizierbar zu sein, dass man daraus Lerninhalte für mehrere Jahre ableiten könnte.

Ein weiterer Aspekt ist, dass Bildung als Dienstleistung gesehen und behandelt wird, und dementsprechend immer weiter liberalisiert wird. Der Staat rückt von seinem Bildungsmonopol ab und öffnet somit privaten Investoren und Unternehmen Tür und Tor. Bildung wird zur Ware und SchülerInnen und Schüler zu KonsumentInnen. So wird Bildung nicht mehr als Gemeingut der Gesellschaft gesehen, sondern reiht sich ein in die Reihe kapitalistischer Marktsektoren, in denen es nur noch um die Maximierung des Profits geht. Beispielhaft zeigt sich dies schon heute an den Universitäten. Dort wurde das Universitäts-Budget in dem Maße der zu erwartenden Einkünfte der Studiengebühren gekürzt, so dass nicht mehr der Staat, sondern der Studierende für seine Bildung aufkommt. In dem Rahmen der Liberalisierung der Bildung spielt vor allem die öffentlich-private



Partnerschaft sowie die Privatisierung eine entscheidende Rolle. Bei ersterem werden öffentliche Sektoren bewusst unterfinanziert, um dann scheinbar notgedrungen auf das Geld privater Investoren zurückgreifen zu müssen, um so die Staatskasse kurzfristig zu entlasten, die zukünftigen Generationen durch die Miete der jetzt privaten Bereiche jedoch in noch viel höherem Maße zu belasten. Dies bedeutet eine Zunahme der Privatschulen, in denen nur Teile des Schulgesetzes gelten und deren Aufnahmebedingungen teilweise enorm selektiv sind.

Zuletzt erhält auch der Konkurrenzkampf immer größeren Einzug in Schulen. Erste Stimmen fordern bereits eine an die Prüfungsergebnisse der Schüler gekoppelte Bezahlung der LehrerInnen, was zu einer dem Lernen absolut schädlichen Konkurrenzsituation an Schulen führen würde.

Während der Konkurrenzkampf zwischen Lehrern neu ist, ist er unter SchülerInnen schon lange gang und gäbe, das Abschneiden in Klassenarbeiten war schon immer teil dessen. Dieser Effekt hat sich jedoch seit der Einführung immer öfter stattfindender Tests zu einem unerträglichen Maße gesteigert und durch zahllose regionale, nationale und internationale Rankings und Vergleiche gesteigert.

Auch Schulen stehen innerhalb einer Stadt mittlerweile unter großem Konkurrenzdruck, vor allem zu meist besser ausgestatteten Privatschulen. Dies führt vor allem in Großstädten wie Berlin jetzt schon zu einem Zweiklassensystem, in dem große Teile der finanziell besser Gestellten ihre Kinder auf Privatschulen schicken.

Die LSV NRW kritisiert diese Entwicklung und fordert klar das sofortige Entgegenwirken durch Politik und Gesellschaft. Eine ökonomisierte Bildung fördert weder die demokratische Gesellschaft noch die individuelle Entfaltung eines jeden.

Die Bewertung und die Gestaltung der Lehrpläne nach employability fördert einzig eine Schmalspurbildung, die als Ziel nicht den mündigen Bürger, sondern den mundtot gemachten Arbeitnehmer in Form des homo oeconomicus hat.

Eine freie Auswahl der Fächer, vor allem im Abitur, ist jedoch unerlässlich für die Entfaltung der individuellen Begabungen und Interessen der SchülerInnen, für deren Selbstverwirklichung und für eine funktionierende Gesellschaft.

Die Öffnung der Schulen für die freie Wirtschaft und die marktförmige Gestaltung unseres Bildungswesens bedeutet das Ende von sozialer Gerechtigkeit. In einem Land, in dem der Bildungsabschluss maßgeblich für die beruflichen Perspektiven ist, in dem aber zur gleichen Zeit Bildung zur Ware verkommt, die man sich erst leisten können muss, wird so im besonderen Maße zwischen Arm und Reich selektiert.

Auch der zunehmenden Konkurrenz zwischen Bildungsinstitutionen, LehrerInnen und SchülerInnen untereinander muss sich die LSV entgegenstellen. Der so genannte "freie Wettbewerb" hat schon in der Wirtschaft verheerende Auswirkungen auf Arbeitnehmer. Auf unsere Bildung, und allem voran auf die Schule im Sinne eines Lebensraumes, in dem SchülerInnen den Großteil ihrer Zeit



verbringen, sind die Auswirkungen fatal. Ein dauerhafter Konkurrenzkampf schadet nicht nur der Qualität der Bildung, sondern auch dem Miteinander unter SchülerInnen und LehrerInnen.

Unsere Vorstellung von Schule ist eine andere. In der IGGS sollen alle SchülerInnen unabhängig ihrer sozialen oder Finanziellen Herkunft lernen und leben, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen.

Dies bedeutet auch, dass Lehrpläne und -methoden der Menschwerdung und dem Mündigwerdung der SchülerInnen dienen muss, so dass Sie an unserer demokratischen Gesellschaft partizipieren können. Das dreigliedrige Bildungssystem wie auch Privatschulen haben dabei keinen Platz mehr, denn sie befördern nur Selektion.

Diese Schule darf sich nicht den Prinzipien der Ökonomie unterworfen sondern muss ein freier Ort des Lernens und des Lebens bleiben. Dies bedeutet auch, dass der Staat endlich notwendige Investitionen tätigen muss, um verfallende Schulgebäude zu sanieren, ausreichende LehrerInnenstellen zu schaffen und individuelle Förderung sicher zu stellen.

*Beschlossen auf der 114. Landesdelegiertenkonferenz der LSV NRW
am 09. und 10. Mai 2015 in Oer-Erkenschwick*